

Statement

Es gilt das gesprochene Wort!

Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

Pressekonferenz Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende

Berlin, 15. April 2021

Guten Morgen auch von meiner Seite!

Ich möchte unterstreichen:

Für eine sozialverträgliche Mobilitätswende sind gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land und in der Stadt ein wichtiges Ziel.

Was heißt das zum Beispiel für die Pendlerinnen und Pendler?

Für rund 20 Millionen Beschäftigte wird der Arbeitsweg immer länger.

Steigende Mieten verdrängen Menschen aus den Zentren an den Stadtrand, in Siedlungen ohne vernünftigen ÖPNV-Anschluss.

Die Gewerkschaften kämpfen nicht für kürzere Arbeitszeiten, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jeden Tag im Stau stehen!

Was ist zu tun? Die immer noch beliebte Markt-Doktrin setzt beim Klimaschutz auf höhere CO₂-Preise. Aber man kann für Millionen Berufspendler nicht einfach das Autofahren verteuern. Sie brauchen gute und bezahlbare Alternativen. Wir sehen im ÖPNV das Rückgrat der Mobilitätswende. Deshalb fordern wir:

- flächendeckende Angebote des öffentlichen Verkehrs für die Beschäftigten – egal wo sie wohnen.
- außerdem hat der DGB das Betriebliche Mobilitätsmanagement ins Bündnis eingebracht. Wir fordern, dass Unternehmen und Verwaltungen betriebliche Mobilitätsstrategien vorweisen müssen, mit praktischer Beratung für alle Pendelnden.

Nun zu den Perspektiven für die Beschäftigten in der Mobilitätswirtschaft.

Der DGB tritt ein für eine gerechte Transformation der Wirtschaft. Es gibt Ängste in der Gesellschaft. Umso wichtiger ist es, Arbeit und Wohlstand für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhalten – auch in einer klimaverträglicheren Zukunft.

Die Verkehrswirtschaft leistet einen großen Beitrag zu Beschäftigung und Wertschöpfung in Deutschland. Damit das so bleibt, muss die Transformation untrennbar mit sozialer Sicherheit und guter Arbeit verknüpft werden: Mitbestimmt, tariflich bezahlt und sozial abgesichert.

Das Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende hält fest: Die aktuelle politische Gestaltung ist mangelhaft:

1. Die Transformation des Automobilsektors ist in vollem Gange. Zulieferer überprüfen ihr Geschäftsmodell. Unternehmen bauen Arbeitsplätze ab oder verlagern sie in andere Länder. In den betroffenen Regionen vermissen wir eine integrierte Steuerung dieses massiven Strukturwandels.
2. Der Dienstleistungssektor steht erheblich unter Druck. Nach 20 Jahren Sparpolitik auf Kosten der Beschäftigten ist der ÖPNV in einer beispiellosen Krise. Vielerorts fehlt Personal.
3. Es ist ein Wettlauf um neue Produkte und Märkte entbrannt: In den Städten sind E-Bikes und Lastenräder gefragt. Gleichzeitig entsteht durch digitale Mobilitätsangebote – also den Pooling- und Lieferdiensten – ein neuer Niedriglohnsektor.

Die Transformation der Verkehrswirtschaft dürfen wir nicht einfach dem Markt überlassen. Das Angebot von Verkehren darf nicht auf die zur Verfügung Stellung einer App reduziert werden. Mobilität ist mehr, dem müssen sich auch die digitalen Anbieter stellen. Die Bundesregierung muss diesen Strukturwandel aktiv gestalten. Niemand darf abgehängt werden. Wo Arbeitsplätze verloren gehen, muss es neue Perspektiven für die Beschäftigten geben: ob im Fahrzeugbau, bei der Bahn, im Öffentlichen Nahverkehr oder in der Verkehrsplanung und -steuerung.

Wir fordern erstens eine industrie- und strukturpolitische Begleitung der Transformation des Automobilsektors.

Einige Beispiele:

- Die Ansiedlung von neuen Schlüsselbereichen wie Batterierecycling, Softwareentwicklung oder automatisiertes Fahren ist elementar. Hier wie auch bei den Themen Wasserstoff oder strombasierte Kraftstoffe müssen aber Effizienz- und Umweltkriterien berücksichtigt werden, damit Innovationen wirklich ein nachhaltiges Verkehrssystem unterstützen.
- Die Politik muss von der Industrie Investitionen in die Mobilitätswende einfordern. Allerdings fehlt einigen Zulieferern das Kapital für Zukunftsinvestitionen. Hier sollte ein Transformationsfonds unterstützen.
- Eine präventive Strukturpolitik muss den Wandel in besonders betroffenen Regionen entschlossen gestalten. Es gilt, regionale Cluster zu identifizieren und organisierte Produktionsketten vor Ort zu entwickeln.

Der DGB arbeitet derzeit an einem Modell mit Transformationsräten, um die Expertise der Beschäftigten besser zu nutzen.

Wir fordern zweitens einen rechtlichen Rahmen für Multimodalität in den Kommunen und bessere Bedingungen für Rad, Bus und Bahn.

Wir fordern drittens massive Investitionen in einen leistungsfähigen öffentlichen Personenverkehr. Die Bundesregierung will die Verkehrsleistung des ÖPNV verdoppeln. Dafür braucht es auch politisches Handeln:

- Es muss ins Personal investiert werden! Die Arbeitsbedingungen und Löhne im öffentlichen Verkehr müssen für Nachwuchskräfte attraktiver werden, denn wir brauchen bis 2030 allein im ÖPNV 170.000 neue Beschäftigte.
- Der Ausbau des ÖPNV und der Bahn gelingt nur mit einer gemeinsamen Investitionsoffensive von Bund, Ländern und Kommunen. Da geht es um zweistellige Milliardenbeträge zusätzlich in diesem Jahrzehnt – und zwar jährlich!

Schließlich fordert das Bündnis Gute Arbeit und neue Qualifikationen für alle Bereiche der Mobilitätswirtschaft: Mit attraktiven Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Tarifbindung, hohen Sozialstandards, Weiterbildung und mehr Kompetenzen und Kapazitäten in den Verwaltungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!